

waren es, die die Losung aus gaben: ‚Erst besser leben, dann mehr produzieren!‘ Jetzt hat sich das bis zum offenen Kampf in der Wahlbewegung entwickelt⁹⁹.^{ct}

Der 3. „Deutsche Volkskongreß“ tagte am 29.-30. Mai 1949 im Sowjetsektor von Berlin. Seine aus der Abstimmung vom 15.-16. Mai hervorgegangenen 1 400 „Delegierten“ wählten aus ihrer Mitte 330 Vertreter von Parteien, Massenorganisationen und „unabhängige“ Persönlichkeiten, die sich erneut als „Deutscher Volksrat“ konstituierten und u. a. den Entwurf einer „Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik“ annahmen. In absolutem Widerspruch zu den bei den Landtagswahlen von 1946 ermittelten politischen Mehrheitsverhältnissen wurden der CDU und der LDP von insgesamt 330 Mandaten des „Volksrats“ nur je 45 Vertreter zugeteilt, so daß jede etwaige Opposition der bürgerlichen Parteien zum Scheitern verurteilt war. Vor allem hätten die bürgerlichen Parteien nicht zu verhindern vermocht, daß sich dieser „Volksrat“ am 7. Oktober 1949 selber zur „Provisorischen Volkskammer“ erklärte und die sogenannte DDR ausrief.

Wie kaum anders erwartet werden konnte, erhoben die CDU wie die LDP in dieser politischen Situation die Forderung nach freien Wahlen als Voraussetzung der Bildung eines separaten Staatswesens in der SBZ. Zum Sprecher der bürgerlichen Opposition machte sich Professor *D. Hugo Hickmann* in Dresden, 2. Vorsitzender der CDU der SBZ und Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen der Union, als er wenige Wochen vor Gründung der „DDR“ den Standpunkt vertrat, „daß die Errichtung des Weststaats durchaus noch keine Nötigung zur Errichtung eines Oststaates“ bedeute, und für eine „politische Linie der Neutralisation“ plädierte. Da er in seiner Rede, die das CDU-Blatt „Die Union“ am 17. September 1949 unter der Schlagzeile „Die CDU im Ringen um Deutschland“ publizierte, außerdem für eine „Demokratisierung der Ostzone“ eingetreten war und vor einer „vorzeitigen Anerkennung der Ostgrenze“ gewarnt hatte, sah die SED die Zeit für Gegenmaßnahmen gekommen. Die überraschende Verhaftung des Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes Sachsen-Anhalt und Ministers für Arbeit und Sozialfürsorge, *Dr. Leo Herwegen*, am 28. Oktober 1949 war ein erster Schlag gegen den Widerstand der CDU. Der gegen ihn, Professor *Dr. Willi Brundert* (SPD) und andere^{88 89} im Frühjahr 1950 inszenierte Schauprozeß

88 „Die Organisationsarbeit der SED“, Referat *Walter Ulbrichts* vom 7. Juli 1949, hier zitiert nach *Richard Lukas* „Zehn Jahre Sowjetische Besatzungszone“, Düsseldorf 1955, S. 134 f.

89 Siehe dazu auch S. 37.